

Wandel im Geschichtsbewußtsein und im Geschichtsunterricht in den ehemals sozialistischen Ländern Bericht über die Arbeitsgruppe 1

Elmar Haller

Die Referate zu dieser Thematik, die die ersten zwei Halbtage der Veranstaltung in Anspruch nahmen, haben gemäß dem Auftrag, den die Referenten von der Tagungsleitung bekommen haben, vorwiegend über Beobachtungen zum Wandel im Bereich des Geschichtsunterrichts und der Geschichtsdidaktik seit der „Wende“ berichtet. Von der ehemaligen Sowjetunion war nur Rußland (die Russische Föderation) vertreten, mit zwei Referenten, Prof. David Poltorak und Prof. V. Leshchiner, beide aus Moskau. Weißrußland, die Ukraine, Moldawien und die drei baltischen Staaten fehlten, doch dürften sich die Dinge dort, wo zur „Wende“ die neue staatliche Selbständigkeit kam, ähnlich entwickelt haben wie bei den Nachbarn der Sowjetunion, im sog. „Ostblock“, wo die nationale Selbstbestimmung auch erst nach der „Wende“ wieder voll zur Geltung kam. Von diesen ehemaligen Ostblockstaaten wurde ausführlich referiert über Polen (Prof. J. Centkowski, Warschau, und Prof. Barbara Kubis, Opole/Oppeln) und über Ungarn (Prof. Agnes Fischer-Dardai, Pecs) und in kürzeren Diskussionsbeiträgen über die CSSR bzw. Tschechien (Prof. Vratislav Capek, Prag), stellvertretend für die anderen. Es gab unter den Vertretern dieser Länder allgemein die Überzeugung, daß zwischen diesen ehemaligen sozialistischen Ländern mehr Gemeinsamkeiten bestehen als zwischen ihnen und Rußland, trotz aller Unterschiede, die es gibt und die die Diskussion im einzelnen interessant machen. Auch die DDR, vertreten durch Prof. Wendelin Szalai, Dresden, war einer dieser Staaten, hatte also vergleichbare Wandlungen durchzumachen, doch verband sich hier der Transformationsprozeß mit dem der Wiedervereinigung, der ganz andere Zusammenhänge berührt, weswegen dieser Thematik ein eigener Arbeitskreis zugeordnet war und ein eigener Bericht gewidmet ist.

Im Arbeitskreis 1, der zweimal zusammentrat, einmal zu einer vorbereitenden Sitzung und dann zur geplanten, wurde gleich urgiert, daß der für die Referate gewählte Zeitraum („seit der Wende“) ausgeweitet werden muß, wenn man die Vorgänge begreifen will. Der Wandel im Bereich des Geschichtsunterrichts und der Geschichtsdidaktik, ja der Wandel überhaupt, hat nicht erst 1989/1990 eingesetzt, also mit der „Wende“ im engeren Sinn, sondern schon in der Mitte der achtziger Jahre. Man unterscheidet deutlich zwei Etappen, die Zeit vom Beginn der Perestrojka bis 1989 und die Zeit danach, nur waren das Tempo und die Intensität des Wandels in diesen beiden Phasen unterschiedlich.

In Rußland heißt das Stichwort für den Wandel „Glasnost“, was im Bereich der Geschichtsforschung und des Geschichtsunterrichts bedeutete, daß man, zögernd zwar, aber doch, die Archive öffnete, die Kritik der Intellektuellen am Stalinismus und verschiedenen Mißständen zuließ und die „weißen Flecken“, die Tabu-Bereiche der bisherigen Geschichtsforschung und besonders des Geschichtsunterrichts, man denke etwa an den Hitler-Stalin-Pakt oder an Katyn, anrühren durfte. Ein solcher „weißer Fleck“ war auch Stalins Kampf gegen die Kulaken, den man jetzt nicht mehr als Großtat sah und verteidigen mußte, sondern als das zeigen konnte, was er war, nämlich die große Tragödie des russischen Dorfes. Es ging nicht alles auf einmal; am schwierigsten war es, wie Prof. Centkowski ausführte, mit Katyn.

In Polen war das entscheidende Datum für den Aufbruch die Gründung von Solidarnosz (1980).

Bald danach wurden schon Korrekturen an den Lehrplänen vorgenommen, und schon 1985 wurden die neuen Lehrpläne herausgebracht, die heute noch aktuell sind. Kritisiert wurden vor allem die Verfälschungen der Zeitgeschichte, etwa die Rolle der Oktoberrevolution beim Aufbau des polnischen Staates nach dem Ersten Weltkrieg. Bisher war es verbindlich, diesen Staat als „Geschenk der Oktoberrevolution“ zu sehen, der Faschismus in Polen in dieser Zeit wurde schlichtweg geleugnet, usw. In dieser Phase ging es laut Centkowski vor allem um Inhalte des Geschichtsunterrichts, nicht so sehr um Didaktik und Methodik bzw. das Unterrichtskonzept.

Das bestätigte auch Frau Prof. Fischer-Dardai für Ungarn. Auch dort gab es die „weißen Flecken“ in Geschichtsforschung und Unterricht. In der sogenannten „weichen Diktatur“ unter Janos Kádár gab es zwar in methodischer Hinsicht schon eine sehr große Freiheit, aber im Verhalten des Regimes gegenüber Themen, Büchern und Schriftstellern gab es eine abgestufte Reaktion, die man als die „3 T“ bezeichnete, eine Chiffre für drei Begriffe, die alle mit „t“ beginnen und, ins Deutsche übertragen, die Bedeutung haben: „unterstützen“ - „tolerieren“ - „verbieten“. Die letzte Anweisung bezog sich auf die „weißen Flecken“, die man nicht anrühren durfte. Dazu zählte etwa die Räte-Republik, die zwar im Unterricht vorkam, aber in einem streng vorgeschriebenen Sinne darzustellen und zu interpretieren war, dann die Rolle des ungarischen Heeres im Zweiten Weltkrieg und der Aufstand im Jahre 1956. Geändert wurde diese Sachlage erst in der Mitte der achtziger Jahre. Von da an durfte man in Ungarn alle Themen offen diskutieren, und man tat dies auch, einerseits in den Fachzeitschriften, dann in sogenannten „Lehrerkonferenzen“, einer Art Fortbildungsveranstaltungen, an denen Tausende von Lehrern, fasziniert von dem Vorgang, teilnahmen. So kam es schließlich zur „Wende“, zum Systemwechsel. Danach, in den Jahren 1989 bis 1993, war die politische Führung in Sachen Zeitgeschichte so verunsichert, daß diese in den Gymnasien vier Jahre lang überhaupt nicht mehr unterrichtet wurde und zeitgeschichtliche Themen und Fragestellungen bei den Schlußprüfungen nicht vorkommen durften. Inzwischen hat sich das wieder geändert. Seit 1995 gibt es einen neuen Lehrplan („Grundlehrplan“), der 1998 in Kraft treten soll. Es gibt auch neue Schulbücher, gleich fünf verschiedene Ausgaben anstelle des früheren einzigen, offiziell vorgeschriebenen, und in diesen neuen Lehrbüchern gibt es keine Tabus mehr, sind die „weißen Flecken“ beseitigt.

In der Tschechoslowakei (CSSR) gab es einen Aufbruch in jederlei Hinsicht, auch im Bereich des Geschichtsunterrichts, schon 1968, im sogenannten „Prager Frühling“. Damals wurden zum Beispiel die Begriffe ausgetauscht, statt „Revolution“ setzte man „Krise“ ein, u. a. Diese Versuche wurden dann natürlich abgewürgt, aber in den Jahren vor der „Wende“ kam es dennoch auch in der CSSR zu einer sehr regen, ja hektischen Reformdiskussion, die zahlreiche Vorschläge und Versuche im Schulbereich zu Tage förderte, aber alle diese Bemühungen hatten nur eine kurze Lebensdauer. Das änderte sich erst mit der „Wende“.

In der ersten Phase, bis zur eigentlichen „Wende“, entwickelten sich die Verhältnisse in der DDR in einer vergleichbaren Weise. Auch dort gab es, von außen nicht so leicht wahrnehmbar, systemreformerische Kräfte, die sich bis in den Bereich der historisch-politischen Bildung hinein auswirkten. Die Zeitgeschichte war hier ein noch viel brisanterer Faktor, ein noch schwerer zu überwindendes Hindernis als in den sozialistischen Nachbarländern. Tabuisierte Inhalte waren u.a. der Juniaufstand von 1953 und, wie in Rußland und Polen, der Hitler-Stalin-Pakt. Als 1986 der Auftrag erging, neue Lehrpläne zu entwerfen, durchaus in der Absicht, eine ehrlichere Auseinandersetzung mit der Vergangenheit durchzusetzen, scheiterten die Bemühungen vor allem am Problem der Zeitgeschichte, bei der alle Vorschläge, die von Seiten der beauftragten Fachleute eingingen, von oben abgewürgt wurden, wie Prof. W. Szalai, damals selber in den Prozeß einbezogen, leidvoll erfahren mußte.

Spannender noch als die Vorgänge in dieser Vorbereitungsphase waren für die Teilnehmer an dieser Tagung die Berichte über die Probleme, die im Hinblick auf den Geschichtsunterricht und die Geschichtsdidaktik nach der „Wende“ auftraten, Probleme, die zum größten Teil immer noch aktuell sind. Prof. W. Szalai brachte sie, generalisierend, wie folgt auf den Punkt: Einmal ging es um die Neuformulierung der Lehrziele. In Polen geschah das schon 1989, in Ungarn 1995, in den anderen Ländern ist der Prozeß noch nicht abgeschlossen. Um diese Lehrzielproblematik verständlich zu machen, zitiere ich aus dem autobiographischen Versuch Szalais, der im Sammelband „Lebenswege. Gesprächsnotizen aus der Wittenberger Akademiereihe Kulturforum“ 1995 (hrsg. von Friedrich Schorlemmer), S. 148 f.:

„Gerade die historische Bildung war auf die praktische politische Verwirklichung der Utopie einer sozial-gerechten und brüderlich-gleichen Gesellschaft ausgerichtet. Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit bildeten im geschlossenen sozialistischen Geschichtsbild eine Einheit. Wir meinten die Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Entwicklung zu kennen, die Zukunft voraussagen und planmäßig verwirklichen zu können. Entlang einer aufsteigenden Fortschrittslinie glaubten wir, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft wissenschaftlich begründet und zugleich parteilich wertend anordnen und menschliches Tun trennscharf in progressiv und reaktionär, in gerecht und ungerecht, in gut und böse einteilen zu können. Abweichungen erschienen als unwissenschaftlich, als Irrtum oder schlimmstenfalls als Geschichtsfälschung. Geschichtspädagogisches Tun, damals als 'Geschichtspropaganda' bzw. als 'geschichtsideologische Arbeit' bezeichnet und durchaus positiv gemeint, sollte überzeugen und begeistern...“

Kurz, Geschichte war eine Art Religionsersatz, und das war jetzt zu vergessen, neue Horizonte mußten gefunden werden. Dann ging es um die Entscheidung für einen pluralistischen und multiperspektivischen Unterricht als didaktisches Prinzip. Schließlich ging es um eine kritische Geschichtsbetrachtung, um eine Neubewertung der Geschichte überhaupt bei allen Themen, die von der Ideologie des Historischen Materialismus abgeleitet werden können. Das ging nicht ohne neue Lehrpläne und neue Lehrbücher in allen diesen Ländern. Aber damit allein war es noch nicht getan. Der Wandel im Geschichtsbewußtsein ist mittels Papier nur sehr begrenzt erreichbar. Es mußten also auch die Lehrerfortbildung in Tagungen und Konferenzen und die ständige fachliche Diskussion folgen. Was diesbezüglich schon an Wandel zu erkennen ist und in den Referaten sowie in der Arbeitsgruppe berührt wurde, soll abschließend skizzenhaft zusammengefaßt werden.

In Rußland wurden, als erste Maßnahme nach der „Wende“, alle Lehrbücher ausgetauscht. Weil dies jedoch in der Praxis nicht so ohne weiteres möglich war, wurde eine Zeitlang ohne Lehrbücher unterrichtet. Dabei war es natürlich, daß man der alten und mittelalterlichen Geschichte den Vorrang gab und der Zeitgeschichte, die in besonderer Weise politisch kontrolliert gewesen war, auswich. Dann gab es die neuen Schulbücher, solche, die dem Pluralismus gerecht wurden, also nicht nur eines, ein genormtes, sondern mehrere Angebote nebeneinander, so daß die Lehrer wählen mußten. Diesbezüglich gibt es in Rußland keine Tradition, und die Lehrer sind nicht darauf vorbereitet und in der Regel auch nicht fähig, aus dem neuen Angebot eine Auswahl zu treffen; sie empfinden diese Pflicht zum Wählen als ausgesprochen schwierig, wie Prof. Poltorak bezeugte. Das Ministerium legt zwar modern anmutende Arbeitshefte auf, aber das schöpferische Verhalten, das man nun im Unterricht von den Schülern erwartet, ist neu und ungewohnt, weder Lehrer noch Schüler können ohne weiteres damit umgehen. Dazu kommt ein großes finanzielles

Problem: Bisher waren die Schulbücher selbstverständlich gratis, jetzt fehlt dem Staat das Geld dazu, so daß sie nun von den Schülern bzw. den Eltern gekauft werden müssen. Die Schulbücher werden infolgedessen auch nicht mehr vom Staat hergestellt und für das gesamte Staatsgebiet einheitlich gemacht, sondern es müssen die Regionen bzw. die Kommunen einspringen und diese Unterrichtsmittel zur Verfügung stellen. Dadurch kommt zum gewünschten Pluralismus auch noch eine Dezentralisierung als weitere Verunsicherung. Schließlich die Lehrpläne. Ihre neue Gestaltung hängt mit der Schulreform zusammen, bei der die Schulpflicht generell auf zwölf Jahre festgelegt wurde. Der lineare Lehrplan von früher wurde durch einen konzentrischen abgelöst, der den Lehrstoff in zwei Zyklen darbietet, einem für die Sekundarstufe I und einem für die Sekundarstufe II. Das bisherige inhaltliche Konzept hatte gelautet: Weltgeschichte plus Geschichte der Sowjetunion. Nun ging es darum, einen neuen Kanon des historischen Wissens zu finden, als Basis für die neuen Lehrpläne, die nach westlichem Muster Rahmenlehrpläne sein sollten. Diese Lehrpläne mußten auf die weitere Entwicklung des russischen Staates abgestimmt sein. Prof. Leshchiner charakterisierte dies so: In Rußland wurde vor allem das Geschichtsbeußtsein von der „Wende“ stark berührt. Es ging nun darum, das sowjetische Bewußtsein bzw. die sowjetische Identität gegen ein russisches Bewußtsein und eine russische Identität auszutauschen, wobei zu beachten war, daß alle Völker, die heute in der Russischen Föderation leben, volle Freiheit haben. Der Prozeß ist natürlich nicht zu Ende.

Auch Polen befindet sich noch in der Übergangsperiode. Die Schulreform ist im Gange. Angestrebt wird eine Entideologisierung und eine Entemotionalisierung, also eine Rationalisierung des Unterrichts. Das spielt schon bei der Auswahl der Inhalte eine Rolle. Früher wurde Polen vorwiegend als ein Opfer der Geschichte dargestellt (Leidenspathos), jetzt wird auch auf die positiven Geschichtselemente hingewiesen. Früher wurde die Angst vor den Deutschen, das Bewußtsein der Bedrohung durch sie vermittelt, jetzt wird Freundschaft nach beiden Seiten, nach Osten wie nach Westen, als realistisches Ziel der Entwicklung angesehen. In Opole/Oppeln, also im ehemaligen Schlesien, wo Frau Kubis unterrichtet, bedeutet dies vor allem eine Änderung im Verhalten gegenüber den Minderheiten, insbesondere der deutschen Minderheit, die dort lebt. Auf diese Minderheit wird nun auch in den Schulbüchern Rücksicht genommen, und die deutsche Sprache ist nicht mehr tabuisiert. Prof. Centkowski wies noch auf ein anderes Problem hin: Mit der Entideologisierung wurde es zusehends schwieriger, die Ziele des Unterrichts zu definieren, was sich auch auf die Gestaltung des Geschichtsunterrichts auswirkte. Einerseits gibt es eine Tendenz zum Enzyklopädismus (ohne klare Zielvorstellung wird das Weglassen erschwert), andererseits die Tendenz zu einer starken Reduktion der Inhalte (die Dringlichkeit eines konkreten Inhalts ist schwerer zu erweisen). Es wurden gemischte Kommissionen eingerichtet, die Rahmenrichtlinien für den Unterricht ausarbeiten sollten, keinen curricularen Lehrplan mehr, wie man ihn bisher hatte. Außerdem ist es die Aufgabe dieser Kommissionen, eine Art Output-Kontrolle festzulegen, d.h. einen Anforderungskatalog für das Abitur zu erarbeiten.

In Tschechien bildeten nach der „Wende“ die Historiker und Didaktiker ebenfalls Kommissionen, gemeinsame, was dadurch erleichtert wurde, daß es an den Universitäten keine Trennung zwischen Fachwissenschaft und Fachdidaktik gab, sondern jeder Professor für beides zuständig war. Grundlage für die Arbeit dieser Kommissionen ist die große Schulreform, die 1996 durchgeführt wurde. Auf eine neunjährige Grundschule folgt nun ein vierjähriges Gymnasium; daneben gibt es allerdings auch noch sechs- und achtjährige Gymnasien. Diese Schulreform hat nun zur Folge, daß auch der Geschichtsunterricht neu organisiert werden muß. Es wurden wie in Rußland zwei Zyklen eingerichtet, einer für die Grundschule und einer für das Gymnasium. Problematisch ist dies für die abweichenden Formen, also die sechsjährigen und achtjährigen Gymnasien. Die genannten Zyklen sollen aber nicht einfach ein zweimaliger chronologischer Durchgang auf

unterschiedlichem Niveau sein, sondern es besteht die Absicht, ihnen eine ganz verschiedene Konzeption zu geben. In der Grundschule (Sekundarstufe I) soll vor allem Alltagsgeschichte unterrichtet werden, auf dem Gymnasium dann (Sekundarstufe II) Weltgeschichte und, in sie eingebettet, Nationsgeschichte. Die Lehrpläne, die diese Absicht realisieren sollen, sind bereits in zwei Fassungen formuliert. Sie sind jetzt schon relativ abgeschlossen für die Grundschule, und auch für die Gymnasien wird die Endredaktion schon bald erwartet. Was das Gesamtgewicht der Geschichte im Schulunterricht anlangt, kann man feststellen, daß bewegliche Stundenpläne überlegt werden, insgesamt aber eine Reduzierung des Stundenkontingents für den Geschichtsunterricht vorgenommen wird. Neben der „Geschichte“ gibt es allerdings weiterhin als selbständiges Fach „Politische Bildung“, das in der Regel besser dotiert ist, ein Erbe aus der sozialistischen Zeit. Der seit der „Wende“ möglich gewordene Pluralismus hat zur Folge, daß nun drei Geschichtskonzepte nebeneinander angeboten werden bzw. miteinander konkurrieren: ein kirchliches, ein liberales und ein sozialistisches. Sie haben alle eigene Schulbücher entworfen, und für jedes dieser Konzepte gibt es mehrere Serien. Insgesamt befinden sich in Tschechien derzeit 13 Serien von Geschichtslehrbüchern auf dem Markt. Der größte Mangel besteht sicher in der Didaktik der Geschichte. Die neuen Historiker an den Universitäten haben keinen Kontakt zum Geschichtsunterricht, und die didaktische Forschung, die man von ihnen erwartet, fehlt weitgehend und ist an den Universitäten schlecht dotiert.

Im Gebiet der ehemaligen DDR nahm die Entwicklung seit der „Wende“ eine andere Richtung. Hier wurde einfach das westliche System des Geschichtsunterrichts und der Geschichtsdidaktik importiert, womit man die von den Vertretern der anderen sozialistischen Länder genannten Probleme größtenteils umgehen konnte. Gleichzeitig wurde auch der Föderalismus übernommen, die Ordnung der Bundesländer also, so daß sich der Wandel hier wesentlich vielfältiger gestaltete als in den anderen betroffenen Ländern. Wie das aufgenommen wurde, welche Folgen es für die Unterrichtsmethode hatte und welchen Beitrag dies alles zum Wiedervereinigungsprozeß leistete bzw. nicht leistete, wurde in eigenen Referaten behandelt und in einem anderen Arbeitskreis besprochen, gehört also nicht mehr hierher.

Nun fehlt noch Ungarn. Nach Meinung des Referenten ist hier der Reformprozeß am weitesten fortgeschritten. In dem schon angeführten „Grundlehrplan“, der ausformuliert ist und vor der Umsetzung in der Schullandschaft steht, wird nicht nur radikal von allen Konzepten der sozialistischen Ära Abschied genommen, sondern die didaktische Reflexion in eine Richtung weitergeführt, die auch in den westlichen Staaten noch großer Skepsis begegnet, die wegführt vom traditionellen Fächerkanon und an dessen Stelle „Fachbereiche“ setzt. Wie das gekommen ist und vor welchen Problemen nun, da die Verwirklichung der neuen Ideen ansteht, die Verantwortlichen in Ungarn stehen, legte Frau Prof. Fischer-Dardai in ihrem Referat dar. Dieses Referat ist es wert, als exemplarisches Beispiel für einen historischen Prozeß genauer angesehen zu werden. Deshalb soll es als Ergänzung zu diesem Bericht zur Gänze in den „Mitteilungen“ zum Abdruck kommen.